Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Reichspfennige 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Löhnitz), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Löhnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 91 und 92, Löhnitz (Amt Aue) 445, Schneeberg 18, Schwarzenberg 3218. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 234. Dienstag, den 4. Oktober 1932. 85. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Wegen Instandsetzungsarbeiten wird die Staatsstraße Wolkenstein—Grünhain zwischen Grünhain und Elterlein (km 19,700 und 19,900) für den gesamten Durchgangsverkehr vom 6. Oktober 1932 ab auf die Dauer von etwa 2 Wochen **gesperrt.**

Der Verkehr wird auf die Staatsstraße von Grünhain über Zwönitz nach Elterlein verwiesen.

Zuwiderhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 50 Absatz 2 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 10. Mai 1932 (Reichsgesetzblatt Seite 201) bestraft.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 3. Oktober 1932.

Beschlüsse

in dem Vergleichs- und Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Paul Schmidt in Aue, alleinigen Inhabers der Firma Paul Schmidt, Großhandel mit Textilwaren und Garnen, daselbst.

I. 1. Das Vergleichsverfahren wird eingestellt.

2. Ueber das Vermögen des bezeichneten Schuldners wird das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Linder in Aue wird zum Konkursverwalter ernannt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten.

Dieser Beschluß wird erst mit seiner Rechtskraft wirksam.

Amtsgericht Aue, den 3. Oktober 1932.

•

II. Der Beschluß vom 3. Oktober 1932, durch den das Konkursverfahren über das Vermögen des bezeichneten Gemeinschuldners eröffnet worden ist, ist infolge Rechtsmittelverzichts des Gemeinschuldners an demselben Tage rechtskräftig und damit wirksam geworden.

In Ergänzung dieses Beschlusses wird angeordnet:

Konkursforderungen sind bis zum 29. Oktober 1932 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag, den 28. Oktober 1932, nachmittags 3 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Montag, den 7. November 1932, vormittags ½11 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat, muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 15. Oktober 1932 anzeigen.

Amtsgericht Aue, den 3. Oktober 1932.

Es sollen öffentlich gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden:

Mittwoch, den 5. Oktober 1932, vorm. 9 Uhr im gerichtlichen Versteigerungsraum: **Fingerringe, Reißzeuge, 1 Rechenstab, Seiden- und Wollstoffe, 1 Ladentafel mit 3 Regalen, 4 Rollen Einpackpapier, 1 Truhewagen, Grabsteine und -Einfassungen.**

Donnerstag, den 6. Oktober 1932, vorm. 10 Uhr im Gasthof „Reichsadler" in Bockau: **1 Sofa, 1 Milchzentrifuge, acht neue Herrenüberzieher.**

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Mittwoch, den 5. Oktober 1932, vorm. 10 Uhr sollen im gerichtl. Versteigerungsraum **1 Spiegel mit Konsole, 1 Nähtisch, 1 Radioapparat mit Lautsprecher (Netzanschluß), 1 Klubgarnitur (1 Sofa, 2 Sessel), 1 Röhrenglockengeläute (13 Röhren)** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Weitere amtliche Bekanntmachungen befinden sich im ersten Beiblatt.

Die Aufnahme des Berichts über Ostasien.

Vergebliche Mühe.

Die Mitglieder der Lytton-Kommission, die im Auftrag des Völkerbundes einen 160 Schreibmaschinenseiten langen Bericht über die Lage der Mandschurei verfaßt haben, sind zweifellos mit großem Ernst an ihr Werk gegangen. Sie haben die Verhältnisse genau studiert und sind zu folgendem — vermutlich durchaus richtigen — Ergebnis gekommen, mit den der Bericht schließt:

„Die Mandschurei (ein Land, so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen) steht seit einem Jahr in Flammen. Die Bevölkerung eines großen, reichen und fruchtbaren Landes befindet sich in der elendesten Verfassung, die sie jemals erlebt hat. Die Beziehungen zwischen China und Japan sind ein verschleierter Krieg und die Zukunft ist beängstigend. Es gibt sicherlich niemanden, der nach unserer Beschreibung der Umstände, die zu diesem Zustande geführt haben, sich nicht des Ernstes dieses Problems bewußt wäre, vor dem der Völkerbund steht, und zugleich auch der Schwierigkeiten seiner Lösung."

Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Bericht im Augenblick seiner Veröffentlichung bereits veraltet ist. Denn Japan hat inzwischen, sicherlich nicht ohne Verbedacht, durch die Anerkennung von Mandschukuo im Fernen Osten neue Tatsachen geschaffen, über die auch die Lytton-Kommission nicht hinweggehen kann. Es ist außerdem mit einigem Erfolg dabei, sein Verhältnis zu Sowjetrußland so zu entspannen, daß wenigstens von dieser Seite keine nennenswerten Schwierigkeiten in der mandschurischen Frage mehr erwachsen. Wenn demgegenüber der Lytton-Bericht eine Kompromißlösung vorschlägt, bei der China die Souveränität über die Mandschurei behalten soll, so ist auf dieser Grundlage überhaupt keine Verständigung mit Japan möglich.

Der Bericht wird in diesem Tagungsabschnitt des Völkerbundsrates zweifellos nicht mehr an die Reihe kommen, schon weil Japan einige Wochen für das „Studium" benötigt. Wenn er zu der Ueberzeugung gelangt, daß alle Lösungen der mandschurischen Frage sich im Rahmen des Völkerbundspaktes, des Kelloggpaktes und des Neunmächteabkommens bewegen müssen, dann leistet er damit jener Auffassung Vorschub, die sich in den vergangenen Jahren wiederholt und auch jetzt wieder namentlich gegen uns gewandt hat. Es erscheint deshalb nicht unbedenklich, daß der Lytton-Bericht auch die Unterschrift eines deutschen Kommissionsmitgliedes trägt. Hoffentlich entschließt sich die Reichsregierung, mit diesem Ueberbleibsel der Brüningschen Periode möglichst bald aufzuräumen. Denn wir haben nicht die geringste Veranlassung, uns ausgerechnet jetzt in die ostasiatischen Dinge hineinzumengen, wo eine Umgruppierung aller Mächtebeziehungen in der Welt vor sich geht. Ueberdies wird der Bericht genau wie die übrigen Völkerbundsaktionen auf die wirkliche Gestaltung der Dinge nicht den geringsten Einfluß üben. •••

• • •

Hoffnungen in China.

Nanking, 3. Okt. Außenminister Lowenkan erklärte, der Lytton-Bericht enthalte viele Fragen von größter Wichtigkeit. Von überragender Bedeutung seien die Ausführungen über das militärische Vorgehen Japans und über den Ursprung des Mandschureistaates.

Berlin ist zurückhaltend.

Berlin, 3. Okt. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß der amtliche Wortlaut des Lytton-Berichts bisher noch nicht im Auswärtigen Amt vorliegt. Eine endgültige Stellungnahme deutscherseits wird erst nach genauer Durcharbeitung des Berichtes möglich sein. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß es sich bei dem Bericht ja schließlich lediglich um Vorschläge der Kommission und Anregungen für die Behandlung der ganzen Frage im Völkerbund handelt. Der Bericht ist also nur als ein Gutachten, aber nicht mehr anzusehen.

•

Scharfe Ablehnung in Tokio.

London, 3. Okt. Der Bericht der Völkerbundskommission über die Mandschurei hat in Japan allgemein Ablehnung gefunden. Kreise des japanischen Auswärtigen Amtes äußerten folgendes: Teile des Lytton-Berichts sind voller Irrtümer und irreführender Darstellungen, und die Kommission hat mit dem Bericht ihre Instruktionen bei weitem überschritten. Die Autonomie der Mandschurei ist für Japan unannehmbar. Unsere Entscheidung wurde getroffen, ehe der Bericht des Völkerbundes abgeschlossen wurde. Unabhängig davon, was der Völkerbund beschließt oder zu tun gedenkt, wird Japan direkt mit China und unter Ausschluß einer dritten Partei verhandeln. In weiteren Kritiken des Lyttonberichtes kehrt die Ansicht wieder, daß Japan beabsichtige, aus dem Völkerbund auszutreten.

Mit Ausnahme der ausgesprochen völkerbundfeindlichen ultrarechten Presse sehen die englischen Zeitungen in dem Lytton-Bericht ein Dokument von diplomatischer Weitsichtigkeit und sind mit seinen Empfehlungen einverstanden. Die Leitartikelkommentare konzentrieren sich auf die Frage, ob der Völkerbund den Mut finden wird, die Empfehlungen des Berichts durchzuführen. Aehnlich wie in der Abrüstungsfrage sei die Lösung des mandschurischen Problems eine Angelegenheit, die für die Autorität des Völkerbundes entscheidend sein wird.

•

Neuyork, 3. Okt. Der Bericht des Lytton-Ausschusses findet in der amerikanischen Presse eine günstige Aufnahme, da er sich in vielen Punkten mit der amerikanischen Stellungnahme deckt. Man glaubt, daß Washington vorderhand nichts unternehmen wird, sondern daß es die Entschlüsse des Völkerbundes abwartet.

Auswärtiger Ausschuß ohne Außenminister

Berlin, 3. Okt. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Dr. Frick (Natsoz.), auf den 11. Oktober einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Lausanner Verhandlungen.

•

Berlin, 3. Okt. Vor Einberufung des Auswärtigen Ausschusses hat ein Briefwechsel zwischen Dr. Frick und dem Reichsaußenminister stattgefunden. Dr. Frick hat den Minister gefragt, ob er bereit sei, in der Ausschußsitzung zu erscheinen. Er hat hinzugefügt, er könne sich vorstellen, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf lege, mit dem Auswärtigen Ausschuß in Fühlung zu treten, um womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden. Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat darauf geantwortet: Den Nutzen eines politischen Gedankenaustausches zwischen der Reichsregierung und dem Ausschuß will ich keineswegs in Abrede stellen. Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist.

Wiederwahl Polens in den Völkerbundsrat

Eine Provokation Deutschlands.

Genf, 3. Okt. Die Völkerbundsversammlung hat heute der von Polen beantragten Wiederwählbarkeit zum Völkerbundsrat zugestimmt. Damit hat sich Polen zum zweiten Male für weitere drei Jahre eine Vertretung im Völkerbundsrat gesichert.

In geheimer Sitzung behandelte der Rat die Nachfolge des Grafen Gravina und Sir Eric Drummond. Beide Fragen wurden wiederum vertagt.

•

Paris, 4. Okt. Der Wiederwahl Polens in den Völkerbundsrat geben die Blätter die Auslegung, daß darin eine Spitze gegen Deutschland enthalten sei. „Petit Parisien" u. a., die Völkerbundshauptversammlung hätte einerseits Polen, das sie als Großmacht anerkenne, die Möglichkeit belassen, auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung seinem Nachbarn zu antworten, andererseits auch den Vertretern Deutschlands eine ernste Warnung erteilen wollen. Auch die übrigen Blätter bedienen sich der gleichen Argumente.

•

Der Irak in den Völkerbund aufgenommen.

Genf, 3. Okt. Die Völkerbundsversammlung hat heute einstimmig die Aufnahme des Irak in den Völkerbund beschlossen.

Eupen-Malmedy muß wieder deutsch werden.

Krefeld, 3. Okt. Mit einer bedeutungsvollen Kundgebung wurde im Rathaussaal die 12. Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau-St. Vith eröffnet.

Professor Dr. Rezlaff, der Erste Vorsitzende, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die ungelöste Frage Eupen-Malmedy nicht eher aus dem Bewußtsein des deutschen Volkes verschwinden werde, bis dem verletzten Gerechtigkeitsgefühl Genugtuung zuteil geworden sei. Der Fehlspruch des Völkerbundsrats habe ein Gebiet vom Reich losgerissen, das zweitausend Jahre zum deutschen Mutterlande gehört habe. Eine Volksbefragung auf Grund einer freien Abstimmung werde einen überwältigenden Sieg des Deutschtums ergeben. Eupen-Malmedy sei wegen strategischer Gründe des belgischen Generalstabes annektiert worden. Die Rückgliederung an das Reich gehöre zu den Voraussetzungen für jede dauernde Befriedung Europas.

Tschechischer Offizier schießt zwei Deutsche nieder.

Prag, 3. Okt. In Falkenau kam es nachts zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Tschechen und Deutschen. Von deutscher Seite wird behauptet, daß die tschechische Gesellschaft die Deutschen in unerhörter Weise beschimpfte, während die Tschechen erklären, sie seien von den Deutschen belästigt worden. Einer der tschechischen Offiziere feuerte aus seinem Dienstrevolver vier Schüsse ab, durch die zwei Deutsche verletzt wurden, davon einer schwer.

Berlin, 3. Okt. Der österreichische Gesandte Dr. Frank, der seit 1925 Oesterreich in Berlin vertritt, ist von seinem Posten abberufen worden.

Reval, 3. Okt. Die Regierung ist heute zurückgetreten.